

20/1997

Generalsekretär Peter Hintze zum Amsterdamer Gipfel

## Ein großer Erfolg für Helmut Kohl

Der Vertrag von Amsterdam hat die Europäische Union wetterfester gemacht. Mit dem Stabilitäts-pakt hat das europäische Haus ein sicheres Fundament bekommen, mit den Vereinbarungen zur Innen- und Rechtspolitik ein stabiles Mauerwerk und mit der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ein festes Dach. Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Architektur des Vertragswerkes entscheidend gestaltet. Der EU-Gipfel ist sein persönlicher Erfolg.

Der in Amsterdam vereinbarte neue Unionsvertrag ist ein Meilenstein auf dem Weg zum vereinten Europa. Mit der Einigung wurde die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union entscheidend verbessert. Die Rechte des Europäischen Parlaments wurden verstärkt, die Gesetzgebung wurde in vielen wichtigen Bereichen vereinfacht und ist damit für die Bürger in Europa besser nachvollziehbar. Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat sind nun die Regel. Mit dem Amsterdamer Gipfel wurde der Weg zu Beitrittsverhandlungen mit Staaten Mittel- und Osteuropas freige-macht.

Die Bundesregierung hat sich mit ihrer stabilitätsori-entierten Politik auf dem Gipfel voll durchgesetzt. Der Stabilitätspakt wurde so verabschiedet, wie von Bundesfinanzminister Waigel vorgeschlagen. Damit wurde die Grundlage dafür geschaffen, daß der Euro so stabil wird wie die D-Mark und pünktlich einge-führt werden kann.

### HEUTE AKTUELL

#### ● Reformprojekte

Zur aktuellen politischen Lage schrieb CDU-Generalsekretär Peter Hintze am 18. Juni 1997 einen Brief an alle Kreisvorsitzenden. Seite 2

#### ● Ausländerrecht

Tragfähiger Kompromiß im Vermittlungsausschuß. Seite 5

#### ● Bundestag

Erklärung von Helmut Kohl zum 50jährigen Bestehen des Marshall-Planes. Seite 9

#### ● Frauen-Union

Fachtagung zur Informations-börse in Koblenz. Seite 20

#### ● Öffentlichkeitsarbeit

Vorstellung neuer Sommer-werbemittel. Seite 23

#### ● Dokumentation

SPD-Steuerkonzept:  
Mehr Steuern – weniger Arbeits-plätze. Vergleich der Steuervor-schläge von Koalition und SPD  
Grüner Teil

# Reformprojekte auf Kurs

**Zur aktuellen politischen Lage  
schreibt CDU-Generalsekretär Peter  
Hintze am 18. Juni 1997 folgenden  
Brief an alle Kreisvorsitzenden:**

**D**ie Diskussionen der letzten Wochen haben uns allen viel abverlangt. Die Entwicklung weitreichender Reformprojekte und die Bewältigung großer Herausforderungen haben viele schwierige Fragen aufgeworfen. Das geht – zumal in einer Koalition – nicht ohne Debatten und auch nicht in jeder Phase völlig fehlerfrei ab. Ich weiß, daß es in Veranstaltungen vor Ort und an Canvassing-Ständen nicht immer einfach war, den Gang der Dinge zu jedem Zeitpunkt überzeugend zu begründen. Um so höher bewerte ich das Engagement derjenigen, die den kritischen Anfragen der Bürger nicht aus dem Weg gegangen sind. Zur Sache ist festzustellen, daß wir in den großen Reformprojekten wegweisende Entscheidungen getroffen haben, die bis weit in die Zukunft hinein tragen. Die klaren Entscheidungen in diesen Tagen geben uns bei der öffentlichen Diskussion wie auch in der Auseinandersetzung mit der Opposition starke Argumente an die Hand. Der nach harten Verhandlungen zum erfolgreichen Abschluß gekommene **EU-Gipfel in Amsterdam** ist ein persönlicher Erfolg unseres Bundeskanzlers. Helmut Kohl hat gemeinsam mit Theo Waigel den Stabilitätspakt durchgesetzt. Damit ist klar, daß die streng stabilitätsorientierte Politik nicht nur Voraussetzung für den Start der Währungsunion ist, sondern dem neuen Geld auch als dauerhaftes Fundament dient.

Innerhalb der CDU haben wir mit unserer Informationskampagne zum Euro gut Erfahrungen gemacht. Der Beschluß von Amsterdam ist ein hervorragender Ausgangspunkt für die Fortsetzung unserer Euro-Kampagne auch über die Sommer-

pause hinaus. Der Euro wird im Wahlkampf ein wichtiges Thema sein. Der Start des Euro wird im Mai 1998 definitiv beschlossen. Die Umsetzung muß in der Folgezeit kompetent bewerkstelligt werden. Eine überwältigende Mehrheit in der Bevölkerung möchte die Währungsfrage auf keinen Fall einem rot-grünen Bündnis anvertrauen.

Heute hat das Bundeskabinett die von Norbert Blüm exzellent vorbereitete **Rentenreform** beschlossen. Damit tragen wir den weitreichenden Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung ebenso Rechnung wie der Notwendigkeit, die Lohnnebenkosten nicht weiter ansteigen zu lassen. Mit der Rentenreform sichern wir einen fairen Lastenausgleich zwischen den Generationen, der für die kommenden Jahrzehnte Rentensicherheit im Alter gewährleistet und zugleich den Anstieg der Beitragslast für die Jungen dämpft.

Bitte machen Sie in Gesprächen mit Mitgliedern und Bürgern deutlich, daß die Rentenreform aus einem langsameren Anstieg der Renten in den nächsten Jahrzehnten und eben nicht aus einer Kürzung finanziert wird. Die SPD greift in unverantwortlicher Weise das Rentenkonzept mit Angstparolen an, ohne selbst eine Antwort auf die demographische Entwicklung in Deutschland zu geben. Sie folgt damit der von Oskar Lafontaine ausgegebenen Strategie, alle Regierungsvorhaben zu blockieren, selbst dann, wenn ein Sachverhalt voll zustimmungsfähig ist. Bemerkenswert sind ja auch die Äußerungen aus DGB und VDK, die vergeblich versucht haben, die SPD zu einem Rentenkonsens mit der Regierung zu bewegen.

Am 12. Juni hat die Koalition mit allen Stimmen den Einspruch des Bundesrates gegen die **Gesundheitsreform** zurückgewiesen und das Reformwerk damit in Kraft ge-

setzt. Die Opposition versucht, mit den Zuzahlungsregelungen in der Bevölkerung Stimmung zu machen. Tatsache jedoch ist, daß durch die Härteklausele kleine Einkommen von jeder Zuzahlung befreit sind und durch die Überforderungsklausel jeder Patient vor einer zu hohen finanziellen Inanspruchnahme geschützt ist. Wir sollten in der öffentlichen Diskussion offensiv deutlich machen, daß die Gesundheitsreform die zwingende Voraussetzung dafür ist, daß in Deutschland jeder Mensch unabhängig von seinem Einkommen und seinem Alter Spitzenmedizin erhält. Die längere Lebenserwartung und der rasante Fortschritt in der Medizin führen zu einer Steigerung der Gesundheitskosten. Unsere Reform stellt sicher, daß alle Anteil am medizinischen Fortschritt haben.

Am 26. Juni werden wir im Deutschen Bundestag die **Große Steuerreform** verabschieden. Als CDU können wir stolz darauf sein, daß das jetzige Gesetzeswerk der politischen Beschlußfassung unseres Parteitages in Hannover folgt. Wolfgang Schäuble hat diesen Beschluß konzipiert und seine Umsetzung entschlossen vorangetrieben. Die Steuerreform wird Bürger und Unternehmen deutlich entlasten. Sie wird unser Steuerrecht spürbar vereinfachen. Die Senkung der Steuersätze und der Steuerlast sind zentrale Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

Die entscheidende Aufgabe in den nächsten Tagen und Wochen wird es sein, den Diskussionsdruck auf die SPD zu erhöhen. Die Mitwirkung bei der Steuerreform ist eine nationale Aufgabe, der sich die SPD nicht verweigern darf. Bitte weisen Sie in den Diskussionen darauf hin, daß die SPD keinen eigenen Gesetzentwurf vorlegt, weil sie kein einstimmiges Gegenkonzept zum Regierungsentwurf vorweisen kann.

Am 11. Juli wird das Kabinett den Entwurf für den **Bundeshaushalt 1998** verabschieden und die haushaltspolitischen Enden zu-

sammenbinden. Damit wird die letzte große politische Frage vor der Sommerpause abschließend beantwortet. Wir sind in der Koalition in guten Beratungen, um die letzten Details zu klären. Gleich nach der Sommerpause gilt unsere ganze Kraft einem Erfolg unserer Hamburger Freunde bei der Bürgerschaftswahl mit dem Spitzenkandidaten Ole von Baust. Hier muß es auf die Verweigerungs- und Blockadehaltung der SPD eine erste energische Antwort geben. Auf unserem Parteitag vom 12. bis 15. Oktober 1997 in Leipzig werden wir dann die Diskussion über unseren Weg ins 21. Jahrhundert führen. Der Wahlsieg 1998 wird seine Schubkraft aus der überragenden Persönlichkeit unseres Bundeskanzlers, aus den großen Reformprojekten dieser Legislaturperiode und aus unserer Konzeption für das 21. Jahrhundert erhalten, die wir in Leipzig diskutieren wollen.

Ihr

**Peter Hintze**

## Pressestimmen

### EURO-Gipfel

#### Es ging um unser Geld!

Die Einigung auf dem Amsterdamer EU-Gipfel zeigt:

**Erstens:** Der politische Wille zum EURO ist ungebrochen – trotz aller Meinungsverschiedenheiten.

**Zweitens:** Deutschland braucht eine starke Regierung in Bonn. Mit einem schwächeren Kanzler als Helmut Kohl hätte der Gipfel für die Steuerzahler sehr teuer werden können.

Strohfeuerchen für den Arbeitsmarkt hätten den EURO weichgemacht und vor allem (unser) Geld gekostet.

**Bild, 17. Juni 1997**

# Hans Apel – Einsichten eines Sozialdemokraten

**In seinem Buch „Einsichten eines Sozialdemokraten“ übt der sozialdemokratische Finanzminister der Jahre 1974 bis 1978, Hans Apel, offene Kritik an der Haltung der gegenwärtigen SPD-Führung. Besonders erboste ihn dabei Lafontaines Doktrin der Totalblockade:**

„Es darf nicht sein, daß der Bundesrat seine Mehrheit nutzt, um sachkundige Lösungen zu blockieren.“ Als Vorteil betrachtete es Hans Apel daher in seiner Rückschau, daß er mit dem damaligen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, einen Mehrheitsführer im Bundesrat antraf, „der stets zu sachbezogenen Kompromissen bereit war“.  
(Zitate aus: Handelsblatt, 15. 5. 1997)

Doch beließ es Hans Apel in letzter Zeit nicht nur bei der massiven Kritik am Blockadekurs Oskar Lafontaines. Er bezog auch mehrfach Stellung zu Positionen der SPD in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der SPD stellte er dabei nicht nur ein schlechtes Zeugnis aus, sondern befürwortete im Kern die Reformpolitik der CDU-geführten Bonner Koalition.

● **Hans Apel zur Beschäftigungspolitik:**  
Auf die Frage, ob er – entgegen der SPD – Beschäftigungspolitik eher als eine nationale Aufgabe ansehe, antwortete Hans Apel „Das ist ja auch so. . .“  
(DLF, 5. 6. 1997)

● **Hans Apel zur Verschuldung:**  
„Die Grundlagen wurden gelegt durch die Finanzminister Hans Apel und Hans Matthöfer in der sozial-liberalen Koalition. Damals haben wir, wie ich heute weiß, schwere Fehler gemacht. Wir haben gedacht, die Arbeitslosigkeit, die wir damals hatten, [ . . . ] bekämpfen zu sollen mit staatlichen Programmen, mit staatlichen

Investitionsprogrammen. Das hat kurzfristig die Arbeitslosigkeit eingeschränkt, begrenzt, aber das Problem nicht gelöst. Die Schulden sind geblieben, die Arbeitslosigkeit auch [...].“ (ntv, 12. 5. 1997)

● **Hans Apel zur Privatisierung:**  
„Ich würde das Bundesvermögen, das privatisierbar ist, so schnell wie möglich privatisieren, um Kasse zu machen.“  
(DLR-Berlin, 15. 5. 1997)

● **Hans Apel zur Absenkung des Rentenniveaus, die die SPD ablehnt:**  
„Das Rentenniveau muß langsam abgesenkt, und den Jungen die Möglichkeit geschaffen werden, durch eine kluge Steuerpolitik eine zusätzliche private Altersversorgung aufzubauen.“ (Handelsblatt, 15. 5. 1997)

● **Hans Apel zur Steuerpolitik:**  
Den Vorschlag der Koalition zur Steuerreform betrachtet Apel als „nicht schlecht“. Wenn Theo Waigel fordert: „Wir müssen den Millionären wieder Gelegenheit geben, Steuern zu zahlen“, ist es Hans Apel, der antwortet: „Sehr richtig.“ (Handelsblatt, 15.5.1997) Und so nötigt die Standfestigkeit des Bundesfinanzministers Theo Waigel dem sozialdemokratischen Wirtschafts- und Finanzexperten Apel mehr als Respekt ab, wenn er sagt: „So einen Finanzminister brauchen wir.“ (FAZ; 15. 5. 1997)

Gegenüber der SPD muß Hans Apel beim Thema Steuern hingegen feststellen:  
„Meine eigene Partei nimmt nun eine Position ein, die ich für total falsch halte, indem sie sagen, das wollen wir alles überhaupt gar nicht. Wir wollen nicht das die Besteuerung der Sonntagsfahrt, Tag- und Nachtzuschläge passiert. Das muß natürlich passieren, wenn wir Subventionen abbauen wollen.“ (ntv, 12.5.1997)

**Ausweisung ausländischer Straftäter**

**Tragfähiger Kompromiß  
im Vermittlungsausschuß**

Der Deutsche Bundestag hatte am 14. November 1996 in 3. Lesung das Gesetz zur Änderung straf-, ausländer- und asylverfahrensrechtlicher Vorschriften in der Fassung der Beschlußempfehlung des Innenausschusses mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP angenommen.

Der Bundesrat hat dem Gesetz jedoch nicht zugestimmt. In sechs Sitzungen der Arbeitsgruppe Ausländerrecht des Vermittlungsausschusses unter Leitung von MdB Erwin Marschewski (CDU) und Staatsminister Bökel (SPD) konnte jetzt ein ausgewogener und praxisgerechter Kompromiß zu den anstehenden Probleme gefunden werden. Im Ergebnis werden die Möglichkeiten zur Ausweisung und Abschiebung Krimineller optimiert; außerdem wird die Rechtsstellung der sich legal in Deutschland aufhaltenden Ausländer verbessert.

**1.** Die Ausweisungs- und Abschiebungstatbestände in bezug auf gewaltbereite Ausländer sind den Problemen der Praxis angepaßt worden. Im einzelnen:

- Es erfolgt eine zwingende Ausweisung bei Tätern, die wegen schweren Landfriedensbruchs verurteilt werden oder wegen einfachen Landfriedensbruchs im Rahmen einer verbotenen öffentlichen Versammlung oder eines verbotenen Aufzuges, ohne daß es auf die Dauer der verhängten Freiheitsstrafe ankommt (entsprechende Neufassung des § 47 Abs.1 Nr. 2).

- Es wird eine Regelausweisung bei einfachem Landfriedensbruch im Rahmen einer verbotenen oder aufgelösten öffentlichen Versammlung oder eines verbotenen oder

aufgelösten Aufzuges durchgeführt, ohne daß es auf eine Verurteilung ankommt.

- Klarstellung in Fällen des besonderen Ausweisungsschutzes (§ 48 AuslG), wonach hierdurch geschützte Ausländer bei schwerwiegenden Straftaten regelmäßig den Ausweisungsschutz verlieren und mit einer Ausweisung zu rechnen haben.

**Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Erwin Marschewski, zu dem erfolgreichen Abschluß der Beratungen der vom Vermittlungsausschuß eingesetzten Arbeitsgruppe Ausländerrecht**

- Konkretisierung der Vorschrift über den Schutz vor Abschiebung dahingehend, daß bei einer Freiheitsstrafe von drei Jahren auch anerkannte Asylberechtigte regelmäßig abgeschoben werden können (§ 51 Abs. 3 AuslG).

**2.** Die Gesetzesfassung des § 19 AuslG zum eigenständigen Aufenthaltsrecht des ausländischen Ehegatten ist dahingehend geändert worden, daß auf Einführung einer Einjahresfrist für außergewöhnliche Härtefälle verzichtet worden ist.

Darüber hinaus wird eine Legaldefinition der außergewöhnlichen Härte aufgenommen, und außerdem wird geregelt, daß die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis auch in den Fällen versagt werden kann, wenn ein Ehegatte auf Inanspruchnahme von Sozialhilfe angewiesen ist.

## Rechnen ist nicht seine Stärke

„Das Rechnen ist offenbar nicht die Stärke des SPD-Fraktionsvorsitzenden. Das hat Rudolf Scharping im Bundestag schon bei verschiedenen Äußerungen zur Steuer- und Haushaltspolitik deutlich gemacht. Mit seinem jüngsten Vorschlag eines staatlichen Ausbildungsgrundbetrages von etwa 450 DM im Monat für alle Lehrlinge und Studenten hat er einen weiteren Nachweis seiner mathematischen Schwäche erbracht.

Die Umsetzung dieses Vorschlages würde den Staat jährlich über 20 Milliarden DM kosten. Dagegen kosten das Kindergeld, die Kinder- und Ausbildungsfreibeträge für Lehrlinge und Studenten, die Scharping durch sein Ausbildungsgrundgehalt ersetzen will, den Staat kaum acht Milliarden DM.

Scharping indessen behauptet gleichwohl, sein Modell werde die öffentlichen Haushalte nicht zusätzlich belasten.

Der SPD-Vorschlag appelliert vor allem an die Sozialneid-Gefühle mit dem Hinweis, Kinder wohlhabender Familien würden durch Ausbildungsfreibeträge stärker begünstigt. Neue Lehrstellen werden durch solche Vorkürfe freilich ebensowenig geschaffen wie durch das ständige Wiederholen der Forderung nach einer Ausbildungsplatz-Abgabe für Unternehmen, die nicht ausbilden ...

Wenn die SPD die Steuerreform unterstützen würde, täte sie mehr für die Lehrlinge als durch falsches Rechnen.“ (FAZ, 11. 6. 1997)

### 3. Weiterhin wurde vereinbart:

- Einführung eines § 41 a AuslG, mit dem auch Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge in erkennungsdienstliche Maßnahmen einbezogen werden.
- Verlängerung der Abschiebungshaft auf zwei Wochen für den Fall, daß die Ausreisefrist abgelaufen ist und feststeht, daß die Abschiebung durchgeführt werden kann (§ 57 Abs. 2 Satz 2 AuslG).
- Einführung der Versuchsstrafbarkeit bei bestimmten ausländerrechtlichen Tatbeständen für Fälle der sog. „illegalen“ Einreise im Sinne von § 92 Abs. 1 Nr. 6 und Abs. 2 Nr. 1a AuslG.
- Verbesserung der Schleuserstrafatbestände, indem auch „mehrere“ Personen (statt bisher „mehr als 5“) nunmehr unter den Tatbestand fallen.
- Gestattung einer Aufenthaltserlaubnis, wenn der Lebensunterhalt der Familie aus

einer Erwerbstätigkeit des rechtmäßig oder geduldet sich im Bundesgebiet aufhaltenden Familienangehörigen gesichert werden kann (§ 17 AuslG) oder

- Anrechnung von Zeiten einer Duldung bei bestehenden Abschiebehindernissen nach § 53 AuslG bei erteilter Aufenthaltserlaubnis und einem angestrebten Daueraufenthalt aus humanitären Gründen (§ 35 AuslG).

Mit den nunmehr vereinbarten Änderungen des Ausländergesetzes ist eine angemessene Fortentwicklung dieses Rechtsgebietes erreicht, die dazu beiträgt,

- die Integration der sich rechtmäßig in Deutschland aufhaltenden ausländischen Bevölkerung zu verbessern,
- den Zuzug nach Deutschland nicht zu vergrößern und
- die in- und ausländische Bevölkerung in Deutschland vor kriminellen Ausländern besser zu schützen.

Angela Merkel:

# Fünf Jahre nach Rio: Die Umweltpolitik steht vor neuen Herausforderungen

Am 23. Juni 1997 beginnt die Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen in New York. In diesem Jahr neben der Klimakonferenz im Dezember in Kioto das herausragende Ereignis internationaler Zusammenarbeit für eine nachhaltige Entwicklung. Sie wird erstmals eine umfassende Zwischenbilanz der seit Rio erreichten Fortschritte ziehen.

Ich meine: Es sind in wichtigen Teilbereichen sicherlich erste Fortschritte erzielt worden – die Konventionen zu Klima, Artenvielfalt und Wüstenbekämpfung sind in Kraft getreten und werden Schritt für Schritt umgesetzt. Eine große Zahl von Staaten haben Handlungsstrategien für Nachhaltigkeit, viele Kommunen „Lokale Agenden 21“ entwickelt.

Andererseits sind viele Probleme noch nicht gelöst oder nehmen gar zu. Ich nenne hier die weiter wachsende Armut und das Bevölkerungswachstum in vielen Teilen der Welt, aber auch die fortschreitende Umweltzerstörung und Übernutzung der natürlichen Ressourcen. Weltweit ist eine wirkliche Trendwende hin zu einer nachhaltigen Entwicklung noch immer nicht festzustellen. Deshalb erwarte ich von der Sondergeneralversammlung, daß sie auf höchster politischer Ebene die Rio-Beschlüsse mit neuem Leben erfüllt.

Klare politische Signale brauchen wir insbesondere für den Klima-Bereich, damit bei der dritten Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention im Dezember diesen Jahres in Kioto ein anspruchsvolles

Protokoll verabschiedet werden kann. Die Europäische Union strebt eine Verpflichtung für die Industriestaaten zur Reduzierung der Emissionen von Kohlendioxid, Methan und Distickstoffoxid zusammen um 15 % bis zum Jahr 2010 gegenüber 1990 an.

Als Ziel für das Jahr 2005 will Deutschland auf dem Umweltrat am 19./20. Juni außerdem eine Reduzierung um 10% als EU-Verhandlungsposition erreichen. Ich weiß, daß die Opposition dies nun einmal mehr für unzureichend hält. Allerdings sollte auch sie die Realitäten zur Kenntnis nehmen: Wichtige andere Industrieländer sehen bereits diese Ziele als völlig überzogen an. Beim Thema Wald ist unser klares Ziel, bei der Sondergeneralversammlung endlich einen Verhandlungsprozeß für eine internationale Waldkonvention in Gang zu setzen. Als Lebensraum und Nahrungsquelle sowie für den Schutz von Boden, Grundwasser und als Kohlenstoffspeicher gehören ökologisch stabile Wälder zu den elementaren Lebensgrundlagen der Menschheit. Wir halten eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung für dringlich zum Schutz der Wälder weltweit.

## Was haben wir in Deutschland erreicht?

Die Bundesregierung hat zur Sondergeneralversammlung ihre nationale Handlungsstrategie einer nachhaltigen Entwicklung in ihrem Bericht „Auf dem Weg

„Überzogener Datenschutz“

## CDU: Bald keine Adreßbücher mehr in NRW?

Übertriebener Datenschutz gefährdet nach Ansicht der CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag 1500 Arbeitsplätze in NRW. Die rot-grüne Landesregierung wolle ein neues Meldegesetz verabschieden, das zur Abschaffung der Adreßbücher und damit „zum Ende nahezu eines ganzen Wirtschaftszweiges“ führen werde, sagte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, MdL

Paus. Der Gesetzentwurf sehe vor, daß die Meldeämter Namen und Anschriften nur noch mit der Einwilligung der Bürger an die Adreßbuch-Verlage weitergeben dürfen. Die Vorstellungen von SPD und Grüne, mit denen sie die Gesetzesänderung begründen, seien überzogen. Sie machten es unmöglich, ein halbwegs vollständiges Adreßbuch zusammenzustellen.

zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland“ dargelegt. Er macht deutlich, daß auf der Ebene des Bundes der politische Handlungsrahmen zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland gesteckt ist. Er zeigt jedoch auch, daß Umweltpolitik als Politik der Nachhaltigkeit am Ende der neunziger Jahre vor neuen Herausforderungen steht. Wir haben in wichtigen Bereichen ein hohes Niveau erreicht. Aber es gibt auch noch großen Handlungsbedarf.

Hier müssen wir sowohl durch Technikentwicklung als auch durch Veränderung von Konsumgewohnheiten das große Handlungspotential im Sinne langfristiger Zukunftssicherung nutzen. Umweltpolitik muß dabei den enger werdenden Verteilungsspielraum und die Herausforderungen der zunehmenden Globalisierung der Märkte beachten.

Auch in der Umweltpolitik müssen die Schritte mit Blick auf andere politische und gesellschaftliche Bereiche definiert werden. Der von mir im vergangenen Juli eingeleitete Dialogprozeß „Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung“ zielt darauf ab, die Umsetzung

der Agenda 21 in Deutschland auf eine breite Basis zu stellen und gesamtgesellschaftlich zu verankern.

In sechs Arbeitskreisen haben wir Ziele und Maßnahmen einer nachhaltigen Entwicklung erörtert. Es ist gelungen, in allen Arbeitskreisen zielgerichtet zu diskutieren und Konsens- wie Dissenspunkte herauszuarbeiten. Wir werden diese Berichte auswerten und Schlußfolgerungen für unsere Politik und den weiteren Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen ziehen. Auch müssen die beteiligten Gruppen die erreichten Ergebnisse in ihren Verbänden beraten. Nur so kann die Idee der nachhaltigen Entwicklung in breite Kreise der Gesellschaft hineingetragen werden.

Umweltpolitik für das 21. Jahrhundert ist mehr denn je auf die Integration der ökologischen Belange in alle Bereiche von Produktion und Konsum und eine europaweite und internationale Harmonisierung von Umweltschutzanforderungen auf hohem Niveau angewiesen. Deutschland wird auch in Zukunft seinen Beitrag zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung leisten.



## 50 Jahre Marshall-Plan

# Helmut Kohl: Eine Botschaft der Solidarität

Am 5. Juni jährte sich zum 50. Mal der Tag, an dem der amerikanische Außenminister George Marshall in Harvard seine berühmte Rede hielt. Darin schlug er eine umfassende Hilfe für das vom Krieg zerstörte Europa vor. Diese Hilfe veränderte das Gesicht Europas und auch das Gesicht Deutschlands. Ich hatte in der vergangenen Woche die Gelegenheit, in Washington an den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Marshall-Plans teilzunehmen. Ich habe diese Gelegenheit genutzt, dem amerikanischen Volk noch einmal den Dank der Deutschen für diese Hilfe auszusprechen. Ich glaube, es ist gut und richtig, wenn wir diesen Dank auch hier vor dem Deutschen Bundestag bekräftigen. Wir werden niemals vergessen, was das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika für uns Deutsche getan hat.

### Lichtstrahl der Hoffnung

Die Rede George Marshalls wird stets als ein Dokument der Weisheit, der Klugheit und vor allem auch der Großherzigkeit des amerikanischen Volkes in Erinnerung bleiben. Die Rede Marshalls war in erster Linie eine Botschaft der Solidarität. Sie besagte: Die Vereinigten Staaten von Amerika werden Europa nicht seinem Schicksal überlassen. Sie war zugleich ein Anstoß für die Europäer, sich zusammenzuschließen und sich vor allem selbst zu helfen. Für uns Deutsche war sie wie ein Lichtstrahl der Hoffnung, der die Dunkelheit von Not und Verzweiflung durchbrach, der einen neuen Anfang ankündigte.

In Westeuropa und auch im westlichen Teil Deutschlands entfaltete George Marshalls Rede eine ungeheure, kaum vorstellbare psychologische Wirkung. Der Sieger reichte dem Besiegten die Hand zur Hilfe und zur Versöhnung. Wann je hat es in der Geschichte Vergleichbares gegeben? Dieses Beispiel moralischer Größe hat Konrad Adenauer wenige Jahre später zu Recht als „eine der größten Taten eines Volkes“ bezeichnet. Ich erinnere mich gut an die Situation im Jahre 1947. Ich war damals 17 Jahre alt. Für die Mehrheit der heutigen Deutschen, die die Nachkriegszeit nur vom Hörensagen kennen, ist die Not, in der die Menschen damals lebten, schwer vorstellbar. Vor Hunger waren die Menschen oft zu schwach, um die notwendigsten Dinge für ihre Ernährung zu beschaffen. Die Rede George Marshalls wies den Weg aus dieser verzweifelten Lage in eine bessere Zukunft. Er verkündete das Ziel, den vom Krieg zerstörten Ländern Europas zu wirtschaftlicher Stabilisierung und Unabhängigkeit zu verhelfen. Die Politik Amerikas, so sagte er, richte sich nicht gegen irgendein Land oder irgendeine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos.

Natürlich erkannte George Marshall auch die Interessen Amerikas. Seine Initiative schuf ein Instrument, um die politische Widerstandskraft der Länder im Westen Europas gegen die Expansionspolitik Stalins zu stärken. Zugleich machte sie deutlich, daß Amerika nicht den verheerenden Fehler wiederholen würde, den es

nach dem Ersten Weltkrieg begangen hatte: sich vom europäischen Kontinent zurückziehen und in Isolationismus zu verfallen. Dabei hatte Marshall auch die Schaffung einer sich frei entfaltenden stabilen Weltwirtschaft im Auge. Er wollte die durch den Krieg zerstörte internationale Arbeitsteilung wiederherstellen. Es zeichnet die Initiative Marshalls aus, daß sie das politisch und strategisch Richtige mit dem menschlich und moralisch Gebotenen klug zu verbinden wußte.

### Psychologische Wirkung

Die Aufgabe, die die damalige amerikanische Regierung sich damit stellte, war beispiellos, und die Anstrengungen, die sie unternommen hat, waren es ebenso. Amerika unterstützte Europa in den vier Jahren des Marshall-Plans mit insgesamt rund 13,3 Milliarden US-Dollar, von denen etwa 1,4 Milliarden Dollar an Deutschland gingen. Auf dem Höhepunkt der Marshall-Planhilfe 1948 und 1949 war mit dieser Leistung ein Verzicht auf über zwei Prozent des Volkseinkommens der Vereinigten Staaten und ihrer Bevölkerung verbunden. Jeder Amerikaner hat 1952 mit rund 80 US-Dollar zum Aufbauprogramm beigetragen. Dies entsprach damals mehr als einem durchschnittlichen Wochenlohn. Die amerikanische Unterstützung schenkte den Menschen neue Kraft und neue Zuversicht, das Aufbauwerk in Deutschland und in Europa anzupacken. Diese psychologische Wirkung macht in erster Linie den wahren Erfolg des Marshall-Plans aus.

Auch für die Wirtschaft war das amerikanische Angebot mehr als nur rein materielle Unterstützung. Zu einer Zeit, als man in Deutschland mit Zigaretten mehr kaufen konnte als mit Geld, bedeutete der Marshall-Plan ein ganz wichtiges Element der Stabilität und der Sicher-

heit. Damit hat er auch einen entscheidenden Beitrag zum Gelingen der Währungsreform im Jahr 1948 geleistet. In den Jahren danach half der Marshall-Plan bei der Modernisierung unserer Industrie und trug so wesentlich zur Initialzündung des Wirtschaftswachstums bei. Doch das Konzept der amerikanischen Hilfe in Deutschland wirkte tiefer. Die Importeure mußten die Güter mit Gegenwertmitteln bezahlen. Dadurch wurde eine marktgerechte Verteilung der Mittel sichergestellt.

Mit den ERP-Gegenwertmitteln konnte ein Kapitalstock angelegt werden, der bis heute der deutschen Wirtschaft zugute kommt. Besondere Bedeutung erhielt das ERP-Vermögen noch einmal im Zuge der deutschen Einheit. Seit 1990 sind die laufenden Förderkredite mehr als verdoppelt worden und betragen 1997 zirka 13 Mrd. DM. Von 1990 bis 1996 wurden Kredite für Investitionen in den neuen Bundesländern in Höhe von insgesamt 51 Mrd. DM zugesagt. Sie haben dort zu einem Investitionsvolumen von über 150 Mrd. DM geführt. Ich denke, hier schließt sich der historische Kreis. Das Kapital, das der Marshall-Plan geschaffen hat, unterstützt heute den Wiederaufbau in dem Teil Deutschlands, dem vor 50 Jahren durch Stalins Verdikt die Teilnahme am Marshall-Plan versagt worden war. Welches Beispiel zeigt besser als dieses, daß die Idee der Freiheit – politisch und wirtschaftlich – auf Dauer nicht aufzuhalten ist?

### Anstoß für europäische Einigung

Einen Neubeginn bedeutete der Marshall-Plan auch im Blick auf die Beziehungen zu unseren Nachbarn. Amerika zeigte uns damit den Weg, der zurück in die Gemeinschaft der freien Völker wies. Zugleich brachten die Vereinigten Staaten

von Amerika die Länder Europas einander näher. Die amerikanische Regierung machte es zur Bedingung, daß sich die Empfängerstaaten in Europa für die Gewährung der amerikanischen Hilfe abstimmen und verpflichtete sie zur Zusammenarbeit. Die Empfängerländer bildeten einen gemeinsamen Ausschuß, um eine Antwort auf den Vorschlag von George Marshall auszuarbeiten. Dies führte 1948 – knapp drei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – zur Gründung der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dies war die erste internationale Organisation, die die junge Bundesrepublik als gleichberechtigtes Mitglied aufnahm. Man kann mit Recht davon sprechen, daß der Marshall-Plan einen wesentlichen Anstoß für die europäische Einigung gab.

Damals wurde der Grundstein für die enge transatlantische Partnerschaft und Freundschaft gelegt. Diese Freundschaft verbindet Deutschland und die USA jetzt seit einem halben Jahrhundert. Sie ist und bleibt für uns von existentieller Bedeutung. Das gilt insbesondere für die Sicherung von Frieden und Freiheit in Europa. Wir werden und wollen auch nicht vergessen, wie vorbehaltlos die amerikanische Regierung und auch das amerikanische Volk uns unterstützten, als sich die Chance der deutschen Einheit ergab. Ohne diese Hilfe und ohne die Hilfe und Unterstützung auf der anderen Seite durch Michail Gorbatschow hätten wir die Einheit in Frieden und Freiheit unter Zustimmung all unserer Nachbarn wohl nicht erreicht.

Die deutsch-amerikanische Freundschaft ist eine wichtige, eine kostbare Errungenschaft. Jetzt gilt es aber, neue Fahrbahnen zu bauen, nicht zuletzt im wissenschaftlichen, im kulturellen und im wirtschaftlichen Bereich. Die Freundschaft zwischen den Völkern wächst aber vor allem aus der Begegnung der Menschen. Deshalb ist es

eines unserer wichtigsten Anliegen, Begegnungen zwischen Deutschen und Amerikanern zu fördern, wo immer dies möglich ist. Als Dank für die empfangene Hilfe hat die Bundesregierung im Jahre 1972 zum 25. Jubiläum der Rede Marshalls ein aus dem ERP-Vermögen finanziertes Programm zur Gründung des „German Mars“ ins Leben gerufen. Anlässlich des 50jährigen Jubiläums wird die Förderung durch ein „Deutsches Programm zur transatlantischen Begegnung“ abgelöst. Dafür werden aus dem ERP-Vermögen jedes Jahr 10 Millionen DM zur Verfügung stehen. Es geht dabei vor allem darum, den wissenschaftlichen und kulturellen Austausch über den Atlantik hinweg zu fördern. Diesem Ziel dient im Bereich der Wissenschaft nicht zuletzt das von Präsident Clinton und mir vor vier Jahren initiierte Deutsch-Amerikanische Akademische Konzil.

## Gemeinsames Haus für alle Völker

Heute haben wir die Chance, im Geiste George Marshalls gemeinsam mit den mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten die Einheit Europas zu vollenden. Wir, die Deutschen, haben daran ein ganz besonderes Interesse. Die Grenze zwischen Deutschland und Polen darf nicht die Ostgrenze der Europäischen Union und des Nordatlantischen Bündnisses bleiben.

George Marshall strebte ein Europa in Frieden und Freiheit, in Sicherheit und Stabilität an, ein ungeteiltes Europa, verbunden mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir vollenden heute, was er angelegt hat. Wir erfüllen sein Vermächtnis im besten Sinne, indem wir die Freundschaft mit den amerikanischen Partnern pflegen und das Haus Europa als ein gemeinsames Haus für alle Völker unseres Kontinents bauen.

## Kriminalstatistik 1996

# Zunahme der Jugendkriminalität bereitet immer größere Sorgen

Die Zahlen der in 1996 registrierten Kriminalität bewegen sich trotz eines leichten Rückgangs mit nahezu 6,7 Mio. Straftaten auf einem weiterhin hohen Ausgangsniveau. Die negative Tendenz im Bereich der Gewaltkriminalität, der Rauschgiftkriminalität, der Jugendkriminalität, aber auch der modernen Verbrechensreformen wie der Computerkriminalität verdeutlichen, daß auch in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen bei den Anstrengungen im Kampf gegen das Verbrechen nicht nachgelassen werden darf.

Die Bundesregierung hat in Erfüllung ihrer Prioritätensetzung zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit in Deutschland ein Bündel von Maßnahmen, insbesondere im gesetzgeberischen Bereich, in den letzten Jahren auf den Weg gebracht.

Für den Bereich der Alltags- und Massenkriminalität brachte das Verbrechensbekämpfungsgesetz, das Ende 1994 in Kraft getreten ist, die Einführung der Kronzeugenregelung bei organisiert begangenen Straftaten, die Ausweitung der Anwendung des Geldwäschetatbestandes und die Eröffnung der Möglichkeit zur Verhinderung von Vermögensstrafen zur Eindämmung von Schutzgelderpressungen.

Weitere legislative Maßnahmen sind die Gesetzentwürfe zur Bekämpfung von Sexualdelikten, zur Änderung straf-, ausländer- und asylverfahrensrechtlicher Vorschriften zum Schutze der Bevölkerung vor gewalttätigen Ausländern sowie der Entwurf zur verbesserten Bekämpfung der Korruption, insbesondere aber auch der Entwurf eines Strafrechtsreformgesetzes

mit dem Ziel, höchstpersönlichen Rechtsgütern, wie Leben, körperliche Unversehrtheit und Freiheit gegenüber materiellen Rechtsgütern, wie Eigentum und Vermögen ein größeres Gewicht zu verleihen.

Von erheblicher Bedeutung im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung sind auch das am 1. November 1994 in Kraft getretene Gesetz über den Bundesgrenzschutz sowie der jetzt auch vom Bundesrat beschlossene Entwurf eines Bundeskriminalamtsgesetzes.

**Bundesinnenminister Manfred Kanther: „Die konsequente Stärkung der Inneren Sicherheit bleibt eine der zentralen Aufgaben der Innenpolitik.“**

Offensichtlich wirkten daneben auch die polizeilichen Präventionsbemühungen. 1996 konnten z. B. Rückgänge beim Kfz-Diebstahl und beim Wohnungseinbruch verzeichnet werden. Beides Delikte, durch die das Sicherheitsgefühl des Bürgers besonders beeinträchtigt wird. Gleichzeitig wurde mit einer Gesamtaufklärungsquote von 49 Prozent das beste Ergebnis seit 1969 registriert.

Die Bundesregierung sieht daher in der Kriminalprävention einen Schwerpunkt der Politik der Inneren Sicherheit.

Innere Sicherheit kann nicht nur eine Aufgabe von Polizei und Justiz sein. Sie ist eine Aufgabe des gesamten Staates, aller gesellschaftlichen Gruppen und auch eine Angelegenheit aller Bürgerinnen und Bürger.

# Modernes Kindschaftsrecht ist längst überfällig

Innerhalb der Reform des Kindschaftsrechts ist das sogenannte Kindschaftsrechtsreformgesetz der gewichtigste Teilabschnitt. Es handelt sich um einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, in dessen Mittelpunkt das Wohl des Kindes steht und auf dessen Grundlage sich am 6. 6. 1997 die Berichterstatter des Deutschen Bundestages nach wochenlangen Verhandlungen – mit Ausnahme der Bündnis-Grünen – geeinigt haben.

In zwei grundlegenden Bereichen besteht für den Gesetzgeber vor dem Hintergrund veränderter gesellschaftlicher Bedingungen dringender Handlungsbedarf. Wie geht der Gesetzgeber mit der Lebenspraxis der nichtehelichen Lebensgemeinschaften und den immer häufiger auftretenden Scheidungen um?

Die erste Angleichung bezieht sich in diesem Zusammenhang auf das Abstammungsrecht, welches im Gesetzentwurf für eheliche und nichteheliche Kinder im Rahmen der natürlichen Gegebenheiten weitestgehend vereinheitlicht wird. Für den Fall, daß schon vor der Geburt eines Kindes ein Scheidungsverfahren anhängig war und ein Dritter die Vaterschaft unter Zustimmung der Kindesmutter und ihres bisherigen Ehemannes anerkennt, soll die Vaterschaftsvermutung auf seiten des früheren oder des Noch-Ehemannes verändert werden. Ein Bedürfnis für die bisherige Vaterschaftsvermutung des früheren oder des Noch-Ehemannes ist in der aufgeklärten Gesellschaft des 21. Jahrhunderts nicht mehr vorhanden.

Auch bezüglich der Definition, wer Mutter eines Kindes ist, enthält der Gesetzentwurf erstmals eine Klarstellung. Die Mutter eines Kindes soll demnach stets diejenige Frau sein, die das Kind geboren hat. Was

vordergründig vielen als scheinbar selbstverständlich erscheinen wird, muß angesichts der Möglichkeiten moderner Fortpflanzungsmedizin festgeschrieben werden. Der nach deutschem Recht unzulässige „Leihmutterschaft“ soll auf diese Weise auch die familienrechtliche Grundlage entzogen werden.

Wesentlicher Regelungsschwerpunkt des Kindschaftsrechtsreformgesetzes ist schließlich der Bereich der elterlichen Sorge. Dieser zentrale Punkt wird im Rah-

**Ronald Pofalla, MdB, und  
Dr. Wolfgang Götzer, MdB,  
Berichterstatter der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
zum Gesetzentwurf der  
Bundesregierung**

men des Reformgesetzes erwartungsgemäß am heftigsten diskutiert. Für nichteheliche Kinder wird nach Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts erstmals zugelassen, daß die Eltern die gemeinsame Sorge für ihr Kind erlangen können, hierfür genügt künftig eine übereinstimmende und öffentlich beurkundete Erklärung beider Elternteile gegenüber dem Jugendamt. Sollte dies jedoch dem Willen der nichtverheirateten Mutter widersprechen, wird es eine gemeinsame Sorge nicht geben. Im Interesse des Kindes soll es aber jedenfalls zu einer Verbesserung des Umgangsrechts des nichtehelichen Vaters kommen. Darüber hinaus soll für den Fall, daß die Kindesmutter aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen der Sorge um das Kind nicht nachkommen kann, der ledige Vater

als subsidiär sorgeberechtigt in Betracht kommen, wenn dies dem Kindeswohl ausdrücklich dient. Insgesamt bestand und besteht angesichts dieser überfälligen Regelungen im Rechtsbereich nichtehelicher Kinder Konsens.

Weitaus leidenschaftlicher wird die vergleichbare Regelung im Bereich des Sorgerechts für Kinder geschiedener Eltern diskutiert. Der vorliegende Gesetzentwurf will das Kind nämlich von vornherein nicht zum Streitgegenstand des Scheidungsverfahrens werden lassen. Aus diesem Grunde soll der Familienrichter nicht mehr entscheiden. Der Gesetzentwurf sieht hierzu grundsätzlich vielmehr vor, daß eine richterliche Entscheidung über die Sorge nur dann ergehen soll, wenn mindestens ein Elternteil dies bei der Scheidung oder auch später ausdrücklich beantragt. Für alle übrigen Fälle – da wo Eltern sich einig sind – soll die gemeinsame Sorge der Ausgangsfall sein und eine gerichtliche Entscheidung nicht mehr nötig sein. Allenfalls bei einer Gefährdung des Kindeswohls soll hier jederzeit eine Entscheidung von Amts wegen möglich sein.

Der Gegenstand der gemeinsam auszuübenden Sorge beschränkt sich auf grundsätzliche Entscheidungen in der Entwicklung des Kindes. Bezüglich der Angelegenheiten, die das tägliche Leben betreffen, die somit häufig zu entscheiden sind und die keine schwer abzuändernden Auswirkungen auf die Entwicklung des Kindes haben, entscheidet derjenige Elternteil, welcher die dauernde Betreuung des Kindes übernommen hat. Das Bedürfnis dieser neuen Regelung liegt darin begründet, den schwerwiegenden staatlich angeordneten automatischen Sorgerechts-Entzug bei einem der Elternteile nicht länger hinnehmen wollen.

Dennoch war der materiell-rechtlich vorgesehene Ausgangsfall der gemeinsamen Sorge nach Scheidung, der im Gesetzentwurf

der Bundesregierung vorgesehen ist, und der nur zu unterstützen ist, zivilprozessual zu ergänzen. Das Gericht muß nach der Einigung der Berichterstatter insbesondere Mindestmitteilungen der Eltern – etwa über die Existenz von Kindern und bei welchem Elternteil diese Kinder leben werden – erhalten. Des weiteren hört das Gericht die Ehegatten auch zur elterlichen Sorge an und weist auf Beratungsangebote hin.

Nach der Einigung wird die bestehende Rechtslage, daß entwürdigende Erziehungsmaßnahmen unzulässig sind, konkretisiert und ergänzt dadurch, daß hierunter insbesondere körperliche und seelische Mißhandlungen fallen. Eine politisch Jahre umstrittene aber von Kinderrechtlern lange geforderte Präzisierung wird damit Einigung in das Deutsche Recht finden.

Nach dem geltenden Recht gab es für das Umgangsrecht bisher nur die Regelung, daß der nicht Sorgeberechtigte ein Umgangsrecht hat. Dieses Recht wird nun erweitert auf Drittpersonen, die zu dem Kind bisher eine soziale Beziehung hatten wie Geschwister, Großeltern und frühere Pflegeeltern. Als eine familienpolitische neue Weichenstellung muß angesehen werden, daß die jetzt erzielte Einigung nunmehr auch dem Kind selber das Recht auf Umgang mit jedem Elternteil zugesteht, was seit Jahrzehnten von Familienrechtlern gefordert wurde.

Schließlich einigten sich die Berichterstatter von Koalition und SPD auf die Streichung einiger namensrechtlicher Vorschriften, die bisher Befristungen und formale Erfordernisse vorsahen. Dadurch sollen Familien die Einigung auf einen gemeinsamen Ehenamen erleichtert werden.

Darüber hinaus soll in einem eigenen Gesetzentwurf – dem sog. Erbrechtsgleichstellungsgesetz – auch der erbrechtliche Unterschied, der nichtehelichen Kindern lediglich einen Erbersatzanspruch zugesteht, aufgehoben werden. Auch hinsicht-

# Internet bietet enorme Chancen für Jugend und Gesellschaft

Die Möglichkeiten und Risiken des Internet standen im Mittelpunkt der diesjährigen Landestagung von Frischluft Nordrhein-Westfalen e. V. in Viersen. Die 60 Delegierten aus ganz NRW diskutierten mit Richard Goerdeler vom Bundesforschungsministerium und Andreas Born von der Leverkusener Internet Initiative über das neue Kommunikationsmedium.

In internationalen Vergleichen steht Deutschland nach objektiven Zahlen in der Internet-Entwicklung auf Platz 2 nach den USA. Mit dem von Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers initiierten Programm „Schulen ans Netz“ leistet das Ministerium einen Beitrag, Jugendliche frühzeitig an das neue Medium heranzuführen, so Goerdeler.

Der Frischluft-Landesvorsitzende Rüdiger Scholz begrüßte das Programm „Schulen ans Netz“ als einen beispielhaften Beitrag. Es zeige, daß Politik auch in der Lage ist, frühzeitig zu-

kunftsorientierte Entwicklungen zu fördern. Gleichzeitig gab Rüdiger Scholz zu bedenken, daß mit Verweis auf dieses Programm in einigen Bereichen die Förderung für Internet-Aktivitäten der rein ehrenamtlichen arbeitenden Jugendverbände verweigert



werde. Hier müssen Bundesforschungs- und Bundesjugendministerium noch einmal prüfen, inwieweit auch die Jugendverbände in die Förderung einbezogen werden können.

Von Frischluft Nordrhein-Westfalen sind **mittlerweile sechs Gliederungen mit eigenen Homepages im Internet vertreten. Den Landesverband findet man unter <http://members.aol.com/flnrw>.**

lich dieses Gesetzes konnte eine Einigung erzielt werden. Für eheliche und nichteheliche Kinder soll demnächst infolge des Regierungsentwurfs ein einheitliches Erbrecht gelten.

Schließlich konnte auch eine Einigung hinsichtlich des Gesetzentwurfes der Bundesregierung zum sog. Beistandschaftsgesetz erzielt werden. Nach diesem Gesetzentwurf wird die bisher gesetzlich vorgeschriebene Beistandschaft des Jugendamtes für das nichteheliche Kind umgewandelt in ein Angebot an die nichteheliche Mutter, auf die sie jedoch einen gesetzlichen Anspruch hat, wenn sie dieses wünscht.

Nach der erfolgten Einigung der Koalitionsberichterstatter mit der SPD wird nun der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages seine Beratungen am 25. Juni 1997 abschließen, so daß der Deutsche Bundestag seine Abschlußberatungen nach der bisherigen Planung am 25. oder 26. September 1997 vornehmen wird.

Das erzielte Ergebnis stellt einen „Meilenstein“ auf den Weg zur substantiellen Fortentwicklung des Kindeswohls und die größte kindschaftsrechtliche Reform der vergangenen fast 20 Jahre dar. Damit wird ein modernes Kindschaftsrecht Wirklichkeit werden.

# Die Zeitbombe tickt

**Die Richter am Verfassungsgerichtshof in Münster fällten in diesen Tagen ein klares Urteil in Sachen Garzweiler II: Das Tagebauprojekt am linken Niederrhein ist korrekt genehmigt worden, weder die Rechte einzelner Fraktionen im Landtag noch die betroffenen Gemeinden sind, so das Urteil der obersten Richter, mißachtet worden.**

Für die rot-grüne Koalition in NRW bedeutet dies eine weitere Nagelprobe des ohnehin reichlich belasteten Bündnisses. Schon bei der Aushandlung des Koalitionsvertrages war klar geworden, daß ein Kompromiß zwischen rot und grün in dieser Sache die Quadratur des Kreises bedeuten würde. Und in den vergangenen zwei Jahren hat sich daran im Grunde nichts geändert. Die Grünen halten weiterhin das Projekt aus ökologischen Gründen und wegen der damit verbundenen sozialen Verwerfung in der Region für unverantwortlich. Die Mehrheit der SPD, vor allem Wirtschaftsminister Wolfgang Clement und Fraktionschef Klaus Matthiesen, halten das Projekt für unverzichtbar, damit bis zur Mitte des nächsten Jahrtausends ein kostengünstiger heimischer Energieträger zur Verfügung steht.

Den Grünen mußte bei der Diskussion um Garzweiler II von Anfang an klar sein, daß

die Entscheidung längst rechtskräftig gefallen war. Dennoch spielte man sich in Nordrhein-Westfalen weiterhin als diejenige Partei auf, der es gelingen werde, Garzweiler II politisch zu stoppen. Statt der Öffentlichkeit und vor allen der eigenen Basis endlich reinen Wein einzuschenken, wurde das Projekt zum Glaubensgrundsatz. Erst auf ihrem jüngsten Parteitag erklärten die Grünen erneut, Garzweiler „auf jeden Fall und in jeder Form“ zu verhindern.

Der Spielraum für beide Koalitionspartner ist daher zur Zeit denkbar eng. Der Berliner Tagesspiegel analysiert die Situation in Düsseldorf mit den Worten: „Die Zeitbombe für die rot-grüne Koalition in Düsseldorf tickt jetzt unüberhörbar.“ Und auch die Süddeutsche Zeitung faßt zusammen, daß die Zauberformel, wie die rot-grüne Perspektive für Bonn gerettet werden soll, noch nicht gefunden sei. „Um zu verhindern, daß daraus für die Öko-Partei ein kläglicher Umfaller wird, braucht es auch bei der SPD weit mehr kreative Phantasie als nur das Bekenntnis von Johannes Rau, wie schön es doch wäre, wenn die Düsseldorfer Koalition zum Steigbügelhalter für eine rot-grüne Regierung im Bund würde.“

(Tagesspiegel, 11. 6. 1997/  
Süddeutsche Zeitung, 10. 6. 1997)

## Gesundheitsreform: Was bringt sie mir?

**Das Bundesgesundheitsministerium  
beantwortet Ihre Fragen am Bürgertelefon**

vom 23. Juni bis 4. Juli 1997 jeweils Montag bis Freitag 8 bis 18 Uhr  
Telefon (01 80) 5 20 36, Kosten pro Minute 0,48 DM



Thema Einwanderung:

# Weltfremde Vorstellungen von SPD und Grünen

**In der Plenarsitzung des Deutschen Bundestages am 5. Juni 1997 erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Eduard Lintner, in der Debatte zum Einwanderungsgesetz/Staatsangehörigkeitsrecht:**

Die heute behandelten Anträge und Gesetzentwürfe sind ein Musterbeispiel dafür, wie weltfremd man in der Opposition agieren kann. Nehmen wir zunächst die Gesetzentwürfe von Bündnis 90/Die Grünen. Sie sind eine offenkundige Verweigerung, die in Deutschland bestehende Realität zur Kenntnis zu nehmen. Die Realität ist: Wir haben 4,25 Mio. Arbeitslose, davon allein ungefähr 900.000 arbeitslose Ausländer. Das entspricht einem Anteil von ca. 20 Prozent. Noch höher ist der Ausländeranteil bei den Sozialhilfeempfängern, wo er sogar bei ca. 33 Prozent liegt.

In dieser Situation kommen die Grünen und fordern in ihrem Gesetzentwurf für ein Einwanderungsgesetz die Schaffung erweiterter Zuwanderungsmöglichkeiten. Sie wollen die Aufnahme von 220.000 Zuwanderern in jedem Jahr bis ins nächste Jahrtausend hinein – wobei die Zahl der Asylbewerber (derzeit rd. 120.000 Personen) sogar noch hinzugerechnet werden müßte.

Zur Begründung wird ausgeführt, eine „bewußt geplante Einwanderung“ liege im Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Der Einwanderungsprozeß müsse deshalb „konstruktiv gestaltet“ werden. Für eine derartige konstruktive Gestaltung bietet der Gesetzentwurf keinerlei Hand-

haben. Im Gegenteil: Gerade in den Bereichen Zuwanderung aus humanitären Gründen und Familiennachzug, in denen der Gesetzentwurf den Zuzug nahezu freigibt, ist keinerlei Auswahl der Zuwanderer vorgesehen. Vielmehr soll der Familiennachzug „uneingeschränkt garantiert“ sein – sogar dann, wenn absehbar ist, daß die Nachzugswilligen der Sozialhilfe zur Last fallen werden. Obendrein bleiben die Verfasser die Antwort schuldig, was mit nachzugswilligen Familienangehörigen nach Ausschöpfung der Jahresquote geschehen soll.

---

## Was ist in unserem Interesse?

---

Es grenzt vollends ans Absurde, wenn in der Gesetzesbegründung eine großzügige Aufnahmepolitik mit dem Argument befürwortet wird, es sei nicht im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, „wenn ein großer Teil der Bevölkerung rechtlos und schutzlos außerhalb des Sozialversicherungssystems“ in der Illegalität lebe.

Dazu kann ich nur sagen: Es liegt noch weniger im deutschen Interesse, wenn Ausländer angezogen werden, die dann mit großer Wahrscheinlichkeit der Sozialhilfe zur Last fallen werden. Genau das aber scheint mit dem vorgelegten Gesetzentwurf beabsichtigt zu sein.

Denn was bedeutet es denn, die Altersgrenze für den Nachzug von Kindern von 16 Jahren auf 21 heraufzusetzen? Es bedeutet, daß Kinder noch in einem Alter nach Deutschland geholt werden können, in dem eine erfolgreiche Eingliederung in

das deutsche Schul- und Ausbildungssystem in der Regel nicht mehr zu erwarten ist. Die sprachlichen und sozialen Barrieren werden auf diese Weise erhöht und die Integrationsmöglichkeiten und Erwerbschancen der Betroffenen erheblich verringert. Ihr Weg in die Sozialhilfe ist damit vorprogrammiert.

Ein ebenso unverantwortlicher Umgang mit dem deutschen Sozialsystem ist es, wenn der Gesetzentwurf auf den Nachweis eines gesicherten Lebensunterhalts als Voraussetzung für den Zuzug in Deutschland lebender Familienangehörigen fast gänzlich verzichtet und anstelle dessen sogar nichtehelichen Lebenspartnern und gleichgeschlechtlichen Partnern einen Anspruch auf Nachzug einräumt. Die Mißbrauchsmöglichkeiten, die sich hier ergeben, liegen auf der Hand.

---

### Deutsche werden benachteiligt

---

Ebenso gravierend ist, daß die Verfasser es hinsichtlich der angestrebten Aufnahme von Zuwanderern offenbar nicht für nötig halten zu fragen, ob diese Arbeitsplätze nicht auch mit einem Deutschen oder einem bereits in Deutschland ansässigen Ausländer besetzt werden können. Dann müßten sie nämlich zu dem Schluß kommen, daß praktisch in keinem Berufsfeld auf lange Zeit irgendein Zuwanderungsbedarf gegeben ist. Bei dieser Sachlage führt die vorgeschlagene Aufnahme zu einem Verdrängungswettbewerb zu Lasten der – in der Regel besser bezahlten – einheimischen Arbeitnehmer (Stichwort: Lohn-dumping). Sie würden durch die Zuwanderung ausländischer Arbeiter in die Arbeitslosigkeit abgedrängt. Eine weitere Belastung unseres Sozialsystems wäre wiederum die Folge – ganz zu schweigen von der Gefährdung des friedlichen Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern.

Fast noch frappierender als der Entwurf eines Einwanderungsgesetzes ist das sog. Niederlassungsgesetz: Es sieht vor, daß ein Ausländer schon nach fünf Jahren in Deutschland – und u.U. sogar noch früher – eine sog. „Niederlassungsberechtigung“ erhält, Deutschen hinsichtlich fast aller Rechte gleichgestellt wird und überdies absoluten Ausweisungsschutz genießt. Wenn ich den Gesetzentwurf richtig verstanden habe, dann sollen Familienangehörige und Lebenspartner, die zu Inhabern einer Niederlassungsberechtigung nachziehen, die Niederlassungsberechtigung und alle damit verbundenen Rechte sogar sofort erhalten. Damit wäre dann auch der letzte Anreiz beseitigt, sich um eine rasche Integration zu bemühen.

Ich gehe sogar so weit zu sagen, daß der Gesetzentwurf das Verhältnis von Deutschen und Ausländern schwer belasten würde. Denn es dürfte z.B. dem Bürger nicht zu vermitteln sein, daß selbst schwerkriminelle Ausländer weiter im Land bleiben sollen, weil sie sonst – ich zitiere aus der Begründung des Gesetzentwurfs – „in der Planung ihrer Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland verunsichert“ wären.

---

### SPD ohne eigenes Konzept

---

Wo sich die Grünen durch verantwortungslose Realitätsferne hervortun, macht es sich die SPD bequem: Man spart sich die Mühe, einen eigenen Gesetzentwurf auszuarbeiten – der natürlich das Risiko mit sich bringt, daran auch gemessen zu werden – und beschränkt sich darauf, der Bundesregierung bruchstückhafte „Regelungsvorschläge“ vorzulegen.

Kommen wir also zu diesen „Regelungsvorschlägen“. Die SPD befürwortet ein System der gesteuerten Zuwanderung mit regelmäßig festzulegenden Höchstgrenzen, und dabei will sie allerdings keine

neuen Anreize für eine weitere Zuwanderung schaffen. Ich habe zuvor schon dargelegt, daß weder die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes noch die demographische Entwicklung ein „Zuwanderungssteuergesetz“ erforderlich machen.

Ein Wort zu der für diese Legislaturperiode vorgesehenen umfassenden Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts: Für die Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts bedarf es eines größtmöglichen Konsenses aller gesellschaftlichen Kräfte. Und deshalb sind die Partner der Regierungskoalition weiter intensiv bemüht, rechtzeitig für die Verabschiedung noch in dieser Legislaturperiode einen konsensfähigen Neuregelungsentwurf vorzulegen. Einen entsprechenden Beschluß wurde am 13. März 1997 auf Antrag der Koalitionsfraktionen gefaßt. Unter Termindruck läßt sich die Bundesregierung allerdings in dieser für unseren Staat zentralen Angelegenheit nicht setzen.

---

## **Integration zunächst in der Schule**

---

Was die bekannten inhaltlichen Vorstellungen der beiden antragstellenden Fraktionen betrifft – Geburtserwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für die zweite (SPD) oder sogar schon die erste im Inland geborene Generation (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) unter Hinnahme von Mehrstaa-

tigkeit, weitgehende (SPD) oder grundsätzliche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei der Einbürgerung – so würden derartige Regelungen keineswegs zu dem von ihren Befürwortern erwarteten „konkreten und positiven Signal“ führen, das Abschottungstendenzen vorbeugt und Integration fördert.

Integration findet im Alltag statt, in den Vereinen, in den Betrieben und Büros und vor allem auch in der Schule. Hier hat eine wirklich auf Integration zielende Politik anzusetzen, für die wir uns immer eingesetzt haben und einsetzen werden.

Die Verleihung der Staatsangehörigkeit und der damit verbundenen staatsbürgerlichen Rechte sollte deshalb der bestätigende Abschluß der Integration sein. Die mancherorts erkennbare Tendenz unter Teilen unserer ausländischen Mitbürger zur ethnischen Abschottung kann durch die möglichst frühzeitige Zuerkennung der Staatsangehörigkeit unter Beibehaltung der bisherigen, wie die Erfahrungen unserer Nachbarländer zeigen, nicht gebrochen werden.

Insbesondere zur neu eingeführten Visums- und Aufenthaltspflicht für hier bei uns lebende Kinder und Jugendliche kann ich schon heute feststellen: Die neue Regelung hat sich bewährt, denn unbegleitete alleinreisende Minderjährige gibt es bis auf wenige Einzelfälle praktisch nicht mehr.

---

## **Auftragsboom bei Airbus: 430 neue Jobs in Hamburg**

Wegen des Auftragsbooms bei Airbus sollen 430 Arbeitsplätze im Hamburger Werk Finkenwerder bis Ende 1998 entstehen. Um die Erhöhung der Produktion zu bewältigen, haben sich Gewerkschaften, Betriebsrat und Geschäftsführung der Daimler-Benz Aerospace Airbus GmbH (DA, Hamburg) auf flexiblere Arbeitszeiten geeinigt. Künftig wird an sechs Tagen in zwei bis drei Schichten, teils rund um die Uhr, gearbeitet. Zur Bewältigung des Produktionshochlaufs will Airbus seine Werke für 600 Millionen DM ausbauen. In den sieben deutschen Airbus-Werken arbeiten 14 271 Beschäftigte.

## „Auf eigenen Füßen stehen!“

„Wir müssen Frauen, die den Schritt in die Selbständigkeit wagen möchten, Mut machen. Das unternehmerische Potential von Frauen ist längst noch nicht ausgeschöpft!“ so die Bundesvorsitzende der Frauen-Union der CDU, Rita Süßmuth, anlässlich der Fachtagung der Frauen-Union der CDU am 7. Juni 1997 in der Industrie- und Handelskammer zu Koblenz.

Hier hatten Gründerinnen und solche, die es werden wollen, zunächst auf einer großen Informationsbörse reichlich Gelegenheit, um mit Expertinnen und Experten, der Bundesvorsitzenden der Frauen-Union, Rita Süßmuth, und dem Hauptgeschäftsführer der IHK-Koblenz, Hans-Jürgen Podzun, ins Gespräch zu kommen.

Die Frauen-Union war ebenso mit einem Informationsstand vertreten wie der Verband deutscher Unternehmerinnen, die Wirtschaftsjunioren, das Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft, die Deutsche Ausgleichsbank, das Deutsche Franchise-Institut und die Industrie- und Handelskammer zu Koblenz.

Am Informationsstand der IHK beantworteten nicht allein die Gründungsberater der Kammer die Fragen der Gründerinnen, sondern berichteten auch Gründerinnen aus ihrem reichen Erfahrungsschatz. Die IHK-Lotsen, erfahrene Unternehmerinnen und Unternehmer, die im Sinne eines Patentschaftssystems arbeiten, stehen Einsteigerinnen und Einsteigern ehrenamtlich mit Rat und Tat zur Seite; sei es beim Gang zur Bank, bei der Prüfung eines Marketingkonzeptes, aber auch dann, wenn „der Schuh drückt“, z. B. eine Werbeaktion nicht den gewünschten Erfolg brachte.

Nach einer schwingvollen Einführung der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Frauen-Union, Doris Pack MdEP, und einem Grußwort von Hans-Jürgen Podzun hatten die Expertinnen das Wort. Gabriele

### Fachtagung und Informationsbörse der Frauen-Union der CDU

Zimmermann vom Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft informierte über den Einstieg in die Selbständigkeit. Michaela Tittmann von der Deutschen Ausgleichsbank lotste sicher durch das schwierige Thema Kredite und Fördermöglichkeiten.

„Vor der Umsetzung einer zündenden Idee steht vielfach noch ein bürokratischer Hürdenlauf zu Förderprogrammen und Krediten. Bei einem ohnehin schwierigen Einstieg in den Markt werden auf diese Weise wichtige Arbeitsplatzchancen verhindert! Stolpersteine und Barrieren für Unternehmerinnen sind vielfach höher und größer als die für Männer. Frauen müssen den Zeitpunkt für den Einstieg in die Selbständigkeit genauer überlegen, da sie in der Regel die Hauptverantwortlichen für Kindererziehung und Familie sind!“ so die Bundesvorsitzende der Frauen-Union der CDU in ihrem politischen Referat.

Prominente Gäste auf dem anschließenden Podium, das von der Frankfurter Unternehmensberaterin Dr. Renate Hauser moderiert wurde, waren der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handeltages, Dr. Franz Schoser, die Landtagsabgeordnete und Unternehmerin Marion Fischer aus Sachsen-Anhalt, die Präsidentin

## Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Eichholz

**E**s geht in Veranstaltungen im Bildungszentrum Schloß Eichholz immer wieder um die rasante Entwicklung der Medienlandschaft. Wirkungen auf den gesellschaftlichen Wandlungsprozeß werden selbstverständlich diskutiert. Gelegentlich kommen auch die Änderungen von Lesegewohnheiten und die Stellung des Buchs als Informationsvermittler und als „Institution“ zur Tradierung von Lebenserfahrung und Wertebildung zur Sprache.

Eine der nächsten Veranstaltungen, die all das zum Gegenstand haben:

### Veranstaltung Nr. 219

#### Leser und Lesekultur in der Multimediasgesellschaft

#### Fachtagung in Zusammenarbeit mit dem Borromäusverein

5. bis 7. September 1997

Zur Teilnahme eingeladen sind insbesondere:

- ▶ Bibliothekarinnen und Bibliothekare
- ▶ Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

Einige der Hauptthemen  
(Referenten):

- ▶ Neue Medienentwicklungen, Multimedia und gesellschaftlicher Wandel (Prof. Dr. H. Heidtmann, Stuttgart)
- ▶ Zukunft und Bedeutung des Lesens in der Multimediasgesellschaft (Prof. Dr. K. Ring, Mainz)
- ▶ Ist eine Ethik des Bildes möglich? (Prof. Dr. K. Hilpert, Saarbrücken)
- ▶ Neue Medienentwicklungen - Wie müssen Bibliotheksträger reagieren? (Podiumsgespräch; Leitung: Prof. Dr. S. Schmidt, Bonn)
- ▶ Literatur und neue Medien
- ▶ Logos, Kurven, Piktogramme - Über die Rivalen der Wörter oder: über den Umgang mit Visiotypen (Prof. Dr. U. Pörsken, Freiburg)

#### Weitere Informationen/ Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**  
**Bildungszentrum**  
**Schloß Eichholz**  
**Postfach 13 31**  
**50387 Wesseling**  
**Fax (0 22 36) 7 07-2 30**

des Verbandes deutscher Unternehmerinnen, Eugenie Burgholte-Kellermann und vom Landesgewerbeamt Baden-Württemberg, die Experte für Existenzgründungen in den USA, Dr. Birgit Buschmann.

Das Spektrum der Diskussion reichte von der Information der Verbandsarbeit der deutschen Unternehmerinnen über die Aktivitäten der Kammern für Existenzgründerinnen bis hin zu einem Blick in die USA, wo das Potential von Existenzgründerinnen durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen gestärkt wird.

### Personalie

Rita Süßmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestages, wurde auf der 45. Mitgliederversammlung als Präsidentin des Deutschen Volkshochschulverbandes einstimmig wiedergewählt. Im Deutschen Volkshochschul-Verband haben sich die rund 1000 Volkshochschulen zusammengeschlossen.

Junge Union Niedersachsen:

## Ich freu' mich auf den EURO

Mit einer landesweiten Aktion will die Junge Union Niedersachsen Vorfreude auf die Einführung des EURO wecken. Mit Plakaten, Flugblättern und Aufklebern wirbt sie für die Währungsunion und setzt dabei vor allem auf die junge Generation.

„Wir verstehen unsere Kampagne als Attacke gegen die Miesmacher, gegen das Zerreden von Reformen jeglicher Art“, sagte der JU-Landesvorsitzende Burkhard Remmers. Der EURO sei keine Bedrohung, sondern Anlaß zum Optimismus.

Remmers erinnerte an die hohen Kosten, die die Vielzahl der europäischen Währungen verursachten. Allein die Umtauschkosten beliefen sich mittler-

weile auf jährlich 37 Milliarden DM bundesweit. Gerade die junge Generation werde von der Einführung der neuen Währung profitieren.

„Ihr Scheitern wäre geradezu ein Verbrechen an der Jugend“, meinte der JU-Vorsitzende. Für Stillstand und Rückschritt in der Wirtschaftspolitik müsse die nachfolgende Generation bezahlen.

Auch die strenge Haushaltsdisziplin, die der EURO von der Politik einfordere, sei ein Segen. Burkhard Remmers: „Der Politik ist jetzt mehr denn je der Griff in öffentliche Kassen versperrt. Damit erschwert der EURO die Verschuldung und wird so zum Anwalt für die Interessen der jungen Generation.“



**Unsere  
Elektronischen  
Adressen:**

● INTERNET  
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE  
\*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;  
p = cdu; s = bund



● **CDU-T-Shirt**  
Größe -M-

Bestell-Nr.: 9783  
Verpackungseinheit: 1 Expl.  
Preis je Expl.: 11,30 DM

● **Parkscheibe**

Bestell-Nr.: 9814  
Verpackungseinheit: 100 Expl.  
Preis je 100 Expl.: 56,— DM



● **Fahrradschlüssel der FU**

Bestell-Nr.: 9808  
Verpackungseinheit: 25 Expl.  
Preis je 25 Expl.: 25,— DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand\*  
**Bestellungen an:**  
IS-Versandzentrum  
Postfach 11 64  
33759 Versmold  
Fax (0 54 23) 4 15 21  
  
(\*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
53014 BONN



## ● Beach-Volleyball

Bestell-Nr.: 9158

Verpackungseinheit: 1 Ball • Preis je Ball.: 21,60 DM

# UiD

20/1997

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.